

Zum Weltfriedenstag: Gefahren und Chancen für den Frieden

Jürgen Heiducff

Am Vorabend des Weltfriedenstages lohnt es sich, Bilanz zu ziehen. Während des „Krieges gegen den Terror“ hat sich die Welt verändert. Terror herrscht zwar weiter vor, aber das Hauptfeld der Auseinandersetzungen hat sich auf die Wirtschaft, auf Technologie und Handel verlagert. Dabei haben sich zwei Hauptkontrahenten in Stellung gebracht: die USA und China. Während es dem Westen im kalten Krieg gelungen ist, die Sowjetunion durch Hochrüstung wirtschaftlich zu schwächen, politisch zu parzellieren und außer Gefecht zu setzen, steht nun ein breit aufgestellter und strategisch planender und handelnder Konkurrent auf der Matte – China, das Reich der Mitte.

Die Hoffnung auf einen Weltfrieden wird leider gegenwärtig durch eine wachsende Zahl begrenzter gewaltsamer Auseinandersetzungen getrübt. Das ist unerträglich, aber die eigentliche und weit größere Gefahr für den Weltfrieden geht von den in die Defensive gedrängten Kräften in den USA aus. Deren Hauptaktivitäten sind offen und gedeckt gegen China gerichtet.

Gleichzeitig positioniert sich die militarierte Europäische Union immer mehr auf der Seite derer, die den selbstbewussten Wirtschaftsriesen China bedrängen und diesen ungewollt in eine intensive Kooperation mit Russland zwingen. Es entsteht eine explosive Gemengelage.

Doch lassen wir uns nicht durch enttäuschte Hoffnungen und falsche Erwartungen entmutigen. Das Heranwachsen der wirtschaftlichen Weltmacht China birgt auch neue Chancen für den Frieden in sich. Die Volksrepublik China als neuer Akteur auf der Weltbühne hebt die bisherige Weltordnung aus dem Gefüge. Wenn die USA und einige ihrer Verbündeten bisher vorrangig auf militärische Konfrontation setzten, verlagert sich nun das Feld des harten Wettbewerbes auf die Wirtschaft, die Infrastruktur und neue Technologien.

Es wird immer deutlicher: mit Bomben- oder Drohnterror, raumgreifenden Operati-

onen und mit dem Einmarsch und der Besetzung fremder Territorien lassen sich kaum noch nachhaltig Interessen durchsetzen. Auch die Praxis der Förderung, Finanzierung und Einschleusung von Oppositionellen in etablierte staatliche und Regierungsstrukturen auszuhebeln, stößt an Grenzen.

Die Welt braucht keine militärischen Abenteuer. Militärische und paramilitärische Aktivitäten eignen sich nicht zur Lösung nationaler und internationaler Konflikte. Da bedarf es komplexer, tiefgreifender und langfristiger ziviler Operationen.

In den letzten 40 Jahren führten die USA und andere westliche Länder eine Vielzahl von Kriegen, die Zerstörung, menschliches Leid sowie den Ruin der öffentlichen Kassen der kriegführenden Parteien hervor brachten. Die Volksrepublik China hat in diesem Zeitraum ihr Milliardenvolk von Hunger und Elend befreit. Während des „Krieges gegen den Terror“, den die USA und deren Verbündete willkürlich in aller Welt führten, gelang Peking ein in der Geschichte einmaliges friedliches Aufbauprogramm. Durch Exportüberschuss gewann und sicherte die chinesische Regierung große Kapitalreserven. Diese führten auch zu Wohlstand und Perspektive der Chinesen. Sie vertrauen mehrheitlich ihrer politischen Führung bei der Realisierung des chinesischen Traumes. Dies beobachtete ich während meiner Aufenthalte bei Freunden in der Volksrepublik.

Gewaltige strategische und langfristige, Kontinente und Weltmeere überschreitende Aufbauleistungen im In- und Ausland – das ist Teil einer friedlichen Offensive Pekings. Diese schließt tiefgreifende Operationen beim Übergang zum Informations- und Wissenschaftszeitalter ein. Das Militär mit seinen Fähigkeiten zum Zerstören und Töten wird seine Bedeutung verlieren. Die Fähigkeit zum Aufbau einer komplexen nationalen und weltumfassenden Infrastruktur tritt an die Stelle der Perfektion der Zerstörung derselben. Mit dem veränderten Fähigkeitsprofil werden die Akteure wechseln.

Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht.

Seid solidarisch!

Helft einander!

Achtet auf die Schwächsten!

Bleibt mutig.

Ich vertraue der Jugend, ich vertraue auf euch!

Nie wieder Faschismus –

Nie wieder Krieg!

Esther Bejarano

Verstorben 10. Juli 2021

In China gibt es keine privaten Interessen an Aufrüstung und Krieg. Im Gegenteil: China braucht Frieden, um weiter zu erstarken – eine Tatsache, die den meisten westlichen Politikern nicht passt.

Diese tiefgreifenden Umbrüche fallen zeitlich mit dem Ende des militärischen Abenteurers in Afghanistan zusammen. Ein Zufall oder der Versuch der USA die eigenen Kräfte umzugruppieren und anders aufzustellen? Das Ende des Militäreinsatzes der USA, der NATO und damit auch der Bundeswehr in Afghanistan ist eine Zäsur. Die Bürger und Steuerzahler der an diesem Einsatz beteiligten Staaten hatten nie ein mehrheitliches Interesse an diesem politischen und militärischen Abenteuer fernab der Heimat.

Der Beginn und das Ende des Militärabenteurers am Hindukusch wurde durch Washington diktiert.

Die beteiligten Deutschen sind durch ihre eigenen Diplomaten, Politiker und militärischen Vorgesetzten gefügig gemacht worden, dieses unmoralische, in seiner unverhältnismäßigen Waffengewalt völkerrechtswidrige und sehr teure Unternehmen durchzuziehen.

Wer Kritik übte oder sich als Insider beschwerte wurde gefeuert.

Ich selbst war ein halbes Jahr in der Kabul Multinational Brigade verantwortlich für Aufklärung und Sicherheit und danach zwei Jahre militärpolitischer Berater des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kabul. Schnell war klar, dass wir Militärs die gewaltigen Probleme in Afghanistan nicht im Ansatz lösen könnten. Doch keiner der Verantwortlichen wagte es, diese Wahrheit auszusprechen. Die systemische Unfähigkeit sowie die daraus resultierenden Misserfolge wurden zumeist vertuscht. Wer wie ich den Bomben- und Drohnterror, die willkürlichen Festnahmen oder die Hausdurchsuchungen im Rahmen der Aufstandsbekämpfung kritisierte, wurde durch die eigenen Vorgesetzten kalt gestellt. Dabei ging es in den meisten Fällen um die Pflicht, die Lage objektiv zu melden. Erschienen Delegationen von Bundestagsabgeordneten oder aus Ministerien, um sich ein „Bild von der Lage vor Ort“ zu machen, wurden zum Teil unrealistisch geschönte Berichte präsentiert. Diese falschen Darstellungen bildeten im weiteren die Grundlage für politische Beschlüsse. Kriti-

sche Analysen hingegen wurden oft ignoriert oder geheim gehalten. Hans-Peter Bartels, Wehrbeauftragter des Bundestages schrieb im Magazin des Deutschen Bundeswehrverbandes im Mai 2021: „Nach der 2014 zu Ende gegangenen wechselvollen ISAF-Mission gab es bundeswehrintern schon einmal eine militärische „Nachbereitung“, die kritisch auf Ausbildung, Personalstruktur und Ausrüstung geblückt hatte. Sie ist als geheim eingestuft

und nicht einmal dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages zur Verfügung gestellt worden.“

Was bleibt festzuhalten? Es ist richtig, zivile Aufbauhilfe zu geben. Doch bewaffnete Auslandseinsätze der Bundeswehr waren und sind falsch. Sie sind ineffizient und widersprechen dem humanistischen Geist des Weltfriedens-tages.

*

Weiterführende Bücher zum Thema:

Alle Edition Ost, Preis 15 Euro

Wieland Diel
China auf dem Weg zur Weltmacht
 ISBN 978-3-947094-75-2
 und
 Uwe Behrens
Feindbild China
Was wir alles nicht über
die Volksrepublik wissen
 ISBN 978-3-360-01896-0

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand protestiert gegen die Ankündigung des Wahlleiters der BRD, die DKP zu den Bundestagswahlen 2021 nicht zuzulassen und ihren Parteistatus aufzuheben.

*

Die Vorstandssitzung am 21.07.2021 wurde genutzt, um anlässlich des 30. Jahrestages unseres Vereins verdienstvolle Mitglieder mit einer Ehrenmedaille auszuzeichnen.

*

Der Geschäftsführer informierte über ein nach einer Mahnung eingegangenes Antwortschreiben des Kanzleramtes auf die Übersendung des Gutachtens von Prof. Dr. Dr. Merten. Darin wird unter Berufung auf das Bundesverfassungsgericht mitgeteilt, dass keine Änderungen im Rentenrecht in Aussicht gestellt werden können. Verwiesen wird auf eine in Vorbereitung befindliche Härtefallregelung, die allerdings in der aktuellen Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet werden wird.

*

Dietmar Polster vom Runden Tisch Rentengerechtigkeit erläuterte den Stand der Auseinandersetzung um eine Abfindungslösung für rentenrechtlich benachteiligte Angehörige von Zusatzversorgungssystemen und weitere Personengruppen. (z.B. jüdische Kontingentflüchtlinge, Spätaussiedler, geschiedene Frauen). Bund und Länder streiten sich derzeit um die Bereitstellung der erforderlichen Mittel. Ausgelöst durch Anfragen und Vorschläge der AfD und der Partei DIE LINKE im Bundestag wurden Gutachten eingeholt, die die konträren Positionen zum Thema widerspiegeln. Der Vorstand wird den Fortgang dieser vorerst bis Ende August ausgesetzten Diskussionen aufmerksam verfolgen.

*

Der Vorstand beschloss, aus Vereinsmitteln eine Spende in Höhe von 2.000 Euro für die Opfer der Hochwasserkatastrophe bereitzustellen und über die Partei DIE LINKE den Empfängern zukommen zu lassen.

*



Aus dem MITTEILUNGSBLATT der TIG Schwerin

Herausgeber: Vorstand der TIG # Vorsitzender: Joachim Claußner
 # Tel. MITTEILUNGSBLATT 5 64393435

Sommerfest unserer TIG

Der Vorstand unserer TIG hatte gerufen und zahlreich waren Mitglieder am 7. Juli der Einladung gefolgt – mehrere mit ihren Partnern. Dieses Mal in die Schleifmühle am Faulen See. Groß und herzlich war bereits die Freude des Wiedersehens bei allen Teilnehmern; immerhin war es die erste Veranstaltung nach längerer Auszeit.

In seiner Begrüßung zog TIG-Vorsitzender Joachim Claußner ein Resümee der Entwicklung unserer TIG und dankte allen Mitgliedern für ihre feste Verbundenheit mit unserem Sozialverein. Sodann würdigte Vorstandsmitglied und Landesbeauftragter für M-V Manfred Jonischkies die Gründung der ISOR vor 30 Jahren und den vom Mitgliederwillen getragenen juristischen sowie politischen Kampf gegen jede Form von Strafrente für die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR und nunmehr ausschließlich noch für die Mitarbeiter des MfS. Auch nach Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten bleibt eine gerechte Rente oberstes Ziel auf unserer Agenda. Manfred hatte Anlass, mit Blick auf wertgeschätzte Aktivitäten mehrere Mitglieder mit der Ehrenmedaille „30 Jahre ISOR e.V.“ auszuzeichnen: Joachim Claußner, die Ehrenmitglieder Siegfried Felgner und Lothar Voigt, Eva, Hotzler, Carmen Weinkauff, Rudi Hesse, Karl Bachmann, Peter Lang, Peter Faust, sowie den TIG-Vorsitzenden in Ludwigs-lust, Wolfgang Kühnel. Nahtlos dann der Übergang zur „Festivität“: Diverses vom Grill, Salate vom Buffet, Getränke nach Wahl.

Das Besondere? Die persönlichen Gespräche, der Gedanken- und Erfahrungsaustausch, Hinweise, Tipps und neue Erkenntnisse.

Siegfried, Schweriner Akteur der Ersten Stunde, berichtete Interessantes über die Zeit der Bildung und Entwicklung unserer TIG wie auch über Kontakte zu damaligen politischen Verantwortungsträgern im Land. (Bspw. Prof. Azzola, Sellering u.a.)

Einigkeit herrschte bei allen Anwesenden: ISOR ist für uns mehr als nur Sozialverein, es ist für uns ein Stück politischer Heimat Gleichgesinnter und Gleichbetroffener!

Und auch das fand Beifall: Der Hausherr „Schleifmüller“ stellte uns die Historie der funktionsfähigen Stein- Schleifmühle vor. Gut so, denn ein Besuch lohnt sich allemal.

...

Interessant: Je näher wir dem Termin der Wahlen zum Bundestag kommen (in MeckPom auch zum Landtag), werden von Parteien und Verbänden Rentenprobleme thematisiert,

die ca. 20 Millionen Rentner sind ein bedeutendes Wahlklientel!

Rente erst mit 68! Vorschlag der Unternehmer und des Wirtschaftsflügels der CDU/CSU.

Steuersenkung für Rentner (soweit sie steuerpflichtig sind) wird in Aussicht gestellt. Darüber hinaus wird seit längerem von und über eine „große Rentenreform“ geredet.

Auch Selbständige, Freie Berufe, politische Wahlbeamte (wie Staatssekretäre, Bürgermeister, Landräte), Bundestags- und Landtags-abgeordnete sollen pflichtversichert und in die Rentenkasse Beiträge abführen und nur hieraus Anwartschaften auf Rente erwerben.

Statistiken belegen: Ein Durchschnittsverdiener müsste 52 Jahre arbeiten, um eine gesetzliche Rente in Höhe der Mindestversorgung eines Pensionärs zu bekommen. (Lag 2020

monatlich bei 1779 €, aus Steuergeldern, Beispiel eines Amtsgehilfen. Ein Polizeikommissar /Leutnant bezieht um die 2400 € Pension).

Dieser Staat weiß schon, warum er seine Beamten überprivilegiert; getreu des Anspruchs „üb Treu und Redlichkeit“!

Deshalb: Gehe jeder zur Wahl und mache an der richtigen Stelle sein Kreuz.

Zuletzt auch das noch

In neunzehn Verfahren blieben die Nicht-anerkennungsbeschwerden nach heute (27. Juli) veröffentlichten Beschlüssen des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts erfolglos. Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wurde hingegen als wahlvorschlagsberechtigte Partei für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag anerkannt.

Geht doch.

Aus der Postmappe

30 Jahre ISOR 30 Jahre harte Auseinandersetzungen, da wird es Zeit, mich einmal zu bedanken.

ISOR kam zu einem richtigen Zeitpunkt, als unsere Familie am Boden lag. ISOR war ein Lichtblick.

Durch fähige, geschulte Kräfte konnte man etwas erreichen. Durch einen harten Kampf mit dem Gegner gelang es den unermüdlichen Rechtsanwältinnen und allen Beteiligten, unsere Rente auf das Bestmögliche zu normalisieren.

Mein Mann bekam eine Unfallrente, die natürlich auch gestrichen wurde. Durch ISOR bekam ich 2007 eine Nachzahlung. Leider konnte diese Freude mein Mann nicht mehr erleben.

Mit allen Problemen konnte man sich an Euch wenden.

Deshalb vielen Dank an alle, die sich um Gerechtigkeit bemühten und bemühen.

Ich wünsche Euch noch viel Kraft und Gesundheit für weiteres gutes Gelingen.

Margarethe Wolf in einem Brief an den Vorstand der TIG Chemnitz

*

Joachim Bonatz und zwei weitere Autoren äußern sich zum Beitrag von Dr. Klaus Emmerich in der vorigen Ausgabe:

„Wenn Merten in: „Das DDR-Aufhebungsgesetz als Rechtfertigung für gleichheitswidrige Versorgungsüberleitung?“ u.a. den Zeitdruck im Juni 1990 hervorhebt (Ziffer 103), dann

Zwischenruf

Wacht auf, Verdammte!

Das Mitglied im Bundesvorstand der Partei Die Linke, Thies Gleiss, und einer der Sprecher der Parteiströmung Antikapitalistische Linke, antwortet in der jW auf die Frage, wie es zu dem schändlichen Abstimmungsverhalten der Vertreterin der Partei gegen die DKP im Bundeswahlausschuss kommen konnte:

„Die Linke-Vertreterin wurde kurzfristig als Vertretung des Bundesgeschäftsführers der Partei für die Teilnahme an diesem Gremium eingesetzt. Sie war wohl unvorbereitet und nicht wach genug. ... Das wird mittlerweile von allen in der Partei so gesehen und das Abstimmungsverhalten bedauert.“

Das gab's doch schon mal. Ach ja, November 1989. Herr Schabowski war auf und für die Pressekonferenz „wohl unvorbereitet und nicht wach genug“. In diesem Zustand hat er „wohl“ unverzüglich – sofort die staatliche Ordnung der DDR ein wenig durcheinandergebracht. Ja, auch das wird „mittlerweile von allen“ so gesehen und „bedauert“.

Thies Gleiss zum Abschluss: Ein wenig mehr Aufmerksamkeit für die Zukunft kann ich versprechen. (Zitiert nach jW, 16. 07., S. 2)

Das tröstet allerdings nur wenig für die Zukunft.

Obwohl: Das schwere Herz wird nicht durch Worte leicht. (Schiller, Wilhelm Tell) Schlaft euch aus.

w.k.

ignoriert er gleichermaßen die vergangenen Jahrzehnte.“ Das verwunderte mich und veranlasste mich zu der Leserschrift.

Prof. Dr. Dr. Merten hat dieses Gutachten aus eigenem Antrieb geschrieben, weil er empört ist, dass sich diese Regierungen im Einvernehmen mit der Justiz auf falsche Behauptungen u.a. in der Begründung der Klage von ISOR vor dem BVerfG zurückgezogen haben. Prof. Merten widerlegt ausgezeichnet die Begründungen des Urteils des BVerfG. Er zeigt den Unwillen der Regierenden, etwas zu ändern und zeigt auch die Unrechtspraxis, gegen die er sich empört.

Ich sehe in dem, was Dr. Klaus Emmerich mit Recht anspricht den Unwillen der Regierung und in dem Gutachten ein ausgezeichnetes Instrument nachzuweisen, dass die Justiz sich der Politik unterworfen hat. Das abwegige Begründen der Rechtmäßigkeit der §§ 6 und 7 AAÜG durch das BVerfG wurde mit dem Gutachten von Prof. Dr. Dr. Merten vollständig widerlegt. So haben wir mit dem Gutachten ein Mittel für den politischen Kampf gegen das Rentenunrecht in der Hand. Damit müssen wir immer aufs Neue arbeiten.

Dr. Klaus Emmerich zeigt, die Herrschenden hatten mehr als 30 Jahre Zeit etwas zu ändern. Sie wollen es nicht! Sie lügen, weil der übergroße Hass gegen alles, was in ihren Augen Sozialismus ist, das Handeln dieser auf allen politischen Linien bestimmt. Sanktionen, Regime-Change, Diffamierung, Ausgrenzung und Verleumdung werden fortgesetzt. Deshalb ist unser Bündnis mit den Verbänden im OKV,

mit Friedenskräften, mit den vielen rentenrechtlich beschnittenen Sonder- und Zusatzversicherungen der DDR, mit breiten Kreisen des Landes wichtig und aus meiner Sicht zunehmend Grundlage der Arbeit unseres Vereins. Mit diesem an uns praktizierten für jeden offenkundigen und unglaublichen Renten-Unrecht haben wir ein Beispiel. Entweder die Herrschenden beseitigen dieses Beispiel oder -und so sieht es aus- wir können mit Recht das Zunehmen des willkürlichen Beschneidens der Rechte (vor allem der sozialen) aller im Volk zu Gunsten sehr Weniger verurteilen und eine grundsätzliche Änderung einfördern.

*

Dazu schreibt Dr. Lothar Welschmied:

Ich kann den Ärger und Frust der aus dem Beitrag von Klaus Emmerich spricht, voll und ganz verstehen und teile diesen weitgehend. Jedoch in der Aussage, die Prof. Dr. Dr. Merten betreffen, muss ich vehement widersprechen. Ich kann an der Feststellung im Rechtsgutachten „Das DDR-Aufhebungsgesetz als Rechtfertigung für gleichheitswidrige Versorgungsüberleitung“ Ziffer 103 Zitat: „dem Gesetzgeber nur wenige Monate zur Verfügung standen- auf keinen Fall eine Rechtfertigung des Rentenunrechtes durch Prof. Dr. Dr. Merten erkennen. Im Gegenteil. Man tut ihm unrecht und wird seinen fundierten rechtlichen Auseinandersetzungen über die zementierte Rentenungerechtigkeit für uns Mitarbeiter durch den § 7 des AAÜG in keiner Weise gerecht.

Ich gehe davon aus, selbst wenn der Gesetzgeber mehr Zeit gehabt hätte und wenn wie in

der Ziffer 102 vom Bundesverfassungsgericht bemängelndes Nichtvorhandensein von Zahlen über Lohn und Gehaltsstrukturen nicht den Tatsachen entsprochen hätte, der Ausgang hinsichtlich der Rentenstrafe für uns nicht anders

Wäre. Vergessen wir nicht die Stasihysterie, die bis heute reicht und auch in der Zukunft nicht vorbei sein wird. Es ging und geht nach wie vor darum, uns Mitarbeiter des MfS mit allen Mitteln zu diskreditieren und auf diese Weise für unseren Beitrag zum Schutz der DDR zu bestrafen. Das Bundesverfassungsgericht hat seine Urteile u. a. mit dem Verweis auf Hinweise und Annahmen von Privilegien bzw. Selbstprivilegierung, gestützt auf Anfänge der Forschungsarbeit von Herrn Jens Gieseke aus der Bstu, begründet. Das Gericht hielt daran ungeachtet der sachlichen Richtigstellung im sozialwissenschaftlichen Gutachten von Miethel/Weißbach sowie in den Klageschriften unserer Anwälte fest, weil, und davon muss man ausgehen, es politisch so angeordnet und gewollt war und ist.

In den beiden Rechtsgutachten zum § 7 des AAÜG bzw. zum DDR-Aufhebungsgesetz hat Prof. Dr. Dr. Merten unmissverständlich seinen Standpunkt zum Rentenunrecht deutlich gemacht, nicht aus Sympathie für uns ehemalige Mitarbeiter des MfS sondern aus seinem Rechtsverständnis heraus. Ich hätte mir sehr gewünscht, noch mehr solche Persönlichkeiten, vor allem auch aus der Richterschaft an unserer Seite gehabt zu haben. Mein besonderer Dank für die Gutachter und insbesondere für Prof. Dr. Dr. Merten.

*

Gedanken für unseren weiteren Kampf

Mit Freude las ich die Anzeige des Vorstandes zum 30. Jahrestag von ISOR e.V. im ND vom 12./13.06.2021 auf Seite 5.

Für mich stellt sich die Frage, wie wir unseren Kampf um Rentengerechtigkeit nach den Bundestagswahlen mit der neuen Bundesregierung fortsetzen.

Über das Gutachten von Prof. Dr. Merten brauchen wir gegenüber dem Gesetzgeber nicht mehr zu reden. Mit der rechtswissenschaftlichen Rechtsauffassung, dass die Volkskammer der DDR nach der Verfassungsänderung vom Juni 1990 nicht zu diesem Aufhebungsgesetz befugt war, werden wir künftig kein Gehör bei den Politikern finden. Rechtswissenschaft und Gesetzgebung sind ein schwieriges politisches Verhältnis.

Die Beamten in den Ministerien verweisen immer auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Sonderversorgungssystem des MfS/AfNS vom 28.04.1999 und begründen damit die Kürzung auf einen Entgeltpunkt. Nach meiner Ansicht können wir nur mit dem 3. Leitsatz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1999 argumentieren.

Dazu stellt das Gericht fest: „Die pauschale Kürzung von Versorgungsleistungen aus dem genannten Versorgungssystem nach dem als Bundesrecht fortgeltenden Gesetz der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit ist mit dem Grundgesetz vereinbar“.

Die Volkskammer der DDR wollte die Rentenansprüche nicht auf 1,0 Entgeltpunkte senken.

Es geht um die Berücksichtigung der Beitragszahlungen bis zur Grenze von 1,47 Entgeltpunkten. Damit ist das Straffrentensystem nicht beseitigt, aber eine Berücksichtigung der Entgelte bis zu 1.47 EP wäre eine Chance für eine spürbare Erhöhung der Rente für die Betroffenen.

Das ist bitter, weil wir die Forderung nach Anerkennung der Beitragszahlung bis zur Beitragsbemessungsgrenze aufgeben müssen. Es geht nur noch um die 1,47 Entgeltpunkte. Hier gilt das Sprichwort: „lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach“.

Horst Müller, Berlin

So eben erhielt ich ISOR aktuell Juli - Ausgabe. Als Mitglied von ISOR sowie Mitglied des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der GT der DDR stehe ich voll hinter den Aufruf zur Vernunft und sehe diese neuerliche bedeutsame Erklärung zugleich als Fortsetzung und Untermauerung des Aufrufs „Gemeinsam für den Frieden“. Ich sehe meine jetzige Aufgabe dieses wichtige Dokument an meine Freunde und Bekannte zu übergeben.

K. Kaiser

*

Paul Oesterreich (1878 bis 1959) hat mit unserem Anliegen nichts zu tun oder doch. Es lohnt durchaus, sich mit diesem Reformpädagogen und Antifaschisten zu beschäftigen. Aber ich möchte auf seine Entwicklung nach 1945 hinweisen. Seine reformpädagogische Tätigkeit setzte er im noch einheitlichen Berlin fort und suchte gesamtdeutsch Entwicklungen im Schulwesen durchzusetzen, die letztlich nur im Osten bzw. in der DDR verwirklicht wurden. Oesterreich wechselte nach 1945 von der SPD zur KPD und schließlich in die SED. Im Januar 1949 wurde er auf Grund seiner SED-Mitgliedschaft aus dem Hauptschulamt in West-Berlin entlassen und wechselte ins Hauptschulamt des Magistrats von Großberlin im Ostteil. „Als Mitglied des 1952 von Fritz Helling gegründeten Schwelmer Kreis versuchte er mit gleichgesinnten Reformpädagogen in Westdeutschland eine gesamtdeutsche Schulreform im Sinne der Statuten des früheren Bundes Entschiedener Schulreformer zu initiieren, was jedoch wegen der Verfolgung Kommunismus verdächtiger Umtriebe, während der Adenauer-Ära zum

Scheitern verurteilt war. Im August 1954 wurden auf Anweisung des West-Berliner Sozialenators die Rentenzahlungen an Paul Oesterreich gesperrt.“ Bis 1957 zog sich die erfolglose Auseinandersetzung um seine Altersbezüge mit dem Westberliner Senat hin. So stand er wieder vor denselben Richtern, die schon in der Nazi-Zeit „Recht“ sprachen.

Nach Paul-Oesterreich wurde in Weißensee eine Schule benannt. Das gefiel den Revolutionären“ der Bundesrepublik nicht und der Name wurde getilgt.

Rentenstrafrecht hat Tradition.

(Gestützt auf Wikipedia)

Dieter Voigt, Berlin

*

Ich freue mich immer wieder, dass die Redaktion das Mitteilungsblatt nach wie vor erstellt und es auch regelmäßig zustellt.

Besonders möchte ich den Kämpfern, die ja auch in der Jubilaren Gratulation erwähnt werden, dazu gratulieren, wie auch noch im hohem Alter nicht aufgegeben wird, die Ziele trotz aller Schwierigkeiten weiter zum Erfolg zu führen.

Leider muss man auch immer wieder viele verstorbene Mitglieder zur Kenntnis nehmen, die es nicht mehr erleben konnten, ihr Ziel mit zu erreichen.

Der Redaktion alles Gute und Erfolg in der nicht einfachen Zeit.

„Aufgegeben wird nie“, sagte einst Ernst Thälmann.

Mit freundlichen Grüßen

Siegfried Tietz

Altenberg/Sachsen, ehemaliger Mitarbeiter der DDR Zollverwaltung.

*

Sensationelle Wendung im Streit um Nord Stream 2

Es ist schon ein sehr eigenartiger Streit, der viel mehr eine Bevormundung zweier souveräner Staaten durch einen Dritten ist. Oder anders gesagt, die Regierungsvertreter der USA beabsichtigen durch Drohungen, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der BRD und Russland zu stören oder zumindest Regelungen zu erzwingen, die ausschließlich im Interesse der USA sind.

Nun hat Präsident Biden großzügig versprochen, vorerst auf US-Amerikanische Erpressungsandrohungen zu verzichten, wenn sich Deutschland devot genug verhält. Es soll u.a. Russland daran hindern, seine Energiepolitik als Waffe einzusetzen.

Hier wird ein Szenario an die Wand gemalt, das in den Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland noch nie vorgekommen und auch nicht zu erwarten ist. Hingegen sind wirtschaftliche Erpressungen der USA ein ständig zu erwartendes Handelsrisiko. Sie nennen es Sanktionen, sozusagen ein Erziehungsmittel. Das führt allerdings zu

dem Eindruck, dass unsere Freunde in Übersee als das erscheinen, was sie selbst Russland vorwerfen: sehr unzuverlässige Handelspartner.

„Was ich selber denk und tu, das traue ich jedem Andern zu.“ Wenn ich an diesen Spruch denke, wird mir die Angst der USA erklärlich.

Schließlich wäre es einfach nicht hinnehmbar, wenn sich Russland ebenso völkerrechtswidrig verhalten würde, wie die USA.

Es waren doch US-Senatoren, die gezielt dem Hafen Sassnitz mit der Vernichtung seiner Existenz drohten. Man könnte sicher stolz darauf sein, dass anscheinend von diesem

kleinen deutschen Hafen eine wirtschaftliche Kraft ausgeht, die die Sicherheit der USA gefährden könnte. Ist Nord Stream 2 nun die moderne Bibelgeschichte von David und Goliath oder doch eher vergleichbar mit einer klassischen Schutzgelderpressung?

Jürgen Barz, Wismar

Liebe Freunde, die Spendenaktion von ISOR läuft bis Ende August 2021

Individualspende auf das ISOR-Konto bei

Berliner Sparkasse

IBAN DE43100500001713020056

Betreff „Spende Kuba“ und Name des Einzahlers.

Die Spende wird an die Botschaft Kubas übergeben.

#UnblockCuba
Wirtschaftskrieg
gegen Kuba
beenden!



Informiere Dich!
Werde aktiv!

www.unblock-cuba.org

MARX FÜR ALLE!

3 Monate Tageszeitung junge Welt für 62 €.

Endet automatisch.
Jetzt bestellen unter:
jungewelt.de/marx-abo
030/53 63 55 80

„Der Sozialismus ist der Friede“

Am 13. August vor 150 Jahren wurde Karl Liebknecht geboren

In diesen Tagen betrachten wir den 13. August einmal anders: Es war eine explosive Stimmung, besonders in Berlin, und eine Zeitung schrieb zu den Ereignissen: „Eine Armee ist's, die da versammelt war. Denn dem Kriege erklärten sie den Krieg, und ihr Kampf gilt denen, die den Frieden gefährden.“ (Bericht des sozialdemokratischen „Vorwärts“ vom 4. September).

Allerdings vom 4. September 1911, vor 110 Jahren. Einen Tag zuvor hatte Karl Liebknecht auf einer von Hunderttausenden besuchten Friedenskundgebung in Treptow auch die zum Allgemeingut der Friedenskämpfer gewordenen Worte gesprochen: „Der Sozialismus ist der Friede.“ Und „Krieg dem Kriege!“.

Da hatte er schon eininhalb Jahre Festungshaft hinter sich. Die Kaiserlichen und ihre Nachfolger hassten ihn und Rosa Luxemburg und plakatierten „Schlagt ihre Führer tot“, denn Karl Liebknecht hatte am 9. November 1918 vom Balkon des Berliner Schlosses die sozialistische Republik ausgerufen. Wir kennen die Geschichte; der Spartakuskämpfer und Gründer einer kommunistischen Partei. Karl und Rosa wurden totgeschlagen.

Und nach zwei fürchterlichen Weltkriegen, organisiert durch die Abkömmlinge ihrer Mörder, machten sich die Überlebenden in einem Teil Deutschlands ans Werk für den Aufbau einer sozialistischen Republik. Und sie bauten in ihr Staatsratsgebäude die Kopie des Balkons des Schlosses ein, um an Karls Vermächtnis zu erinnern. Darüber wehte die schwarz-rot-



© ddrbildarchiv.de/Lothar Willmann

Das Staatsratsgebäude der DDR in Berlin. Der Staatsrat der DDR war ab 1960 das kollektive Staatsoberhaupt der Deutschen Demokratischen Republik.

goldene Fahne der Republik mit den Insignien der Hausherren: Hammer und Zirkel vom Ährenkranz eingefasst.

Doch die Machtverhältnisse seit 1989 signalisierten einen Rückfall um 150 Jahre, in das Geburtsjahr Karl Liebknechts.

Der sozialdemokratische Kanzler Gerhard Schröder äußerte sich Anfang 1999 in einem Interview: Von seinem Büro aus müsse er immer auf den Palast der Republik schauen. „Der ist so monströs, dass ich da lieber ein Schloss hätte. (...) Wenn ich einen Wunsch zu äußern hätte, dann wäre ich für ein Schloss. Und zwar einfach, weil es so schön ist.“

Und wer schlägt einem Sozialdemokraten schon einen Wunsch ab, zumal die Diskussion nach einer „neuen Mitte“ Berlins aus dem Dunklen in das kaiserlich erneuerte Bewusstsein der Herrschenden getreten wurde.

Und so geschah es. Der Geist aus dem Geburtsjahr Karl Liebknechts von 150 Jahren erhielt wieder seine beinahe architektonische Wiedergeburt. Beinahe. Barockschloss-Fassade nach Westen, Schießscharten nach Osten und drinnen die Gebeine und Kunstschätze aus glorreicher Kolonialzeit.

Und obendrauf ein Deckel mit Kreuz und einem Spruch, den Ottos Witwe

aus der Portokasse des Hamburger Versandhauses springen ließ: „Es ist kein ander Heil, es ist auch kein anderer Name den Menschen gegeben, denn der Name Jesu (...), dass im Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Kniee, die im Himmel...“ usw. Im Katalog kann man bestimmt den vollständigen Leidspruch bestellen.

Beugt die Kniee, Ihr Untertanen! Deckel auf den Spartakisten, den Kommunisten Karl Liebknecht! Um Gottes Willen „kein anderer Name“!

Es ist Zapfenstreichzeit in Deutschland. Auch für die toten Soldaten der vergangenen 20 Jahre, die deutscher Größenwahn in fremder Erde verbluten ließ. Helm ab zum Gebet oder etwa aufrechter Gang?

Ein Karl Liebknecht fehlt.

W. Kroschel

*

Karl Liebknecht-Denkmal in Luckau



© Stefan Stolle/Wikimedia

Skulptur von Theo Balden, anlässlich des 50. Todestages 1969

Lesenswert

Friedrich Wolff und Egon Krenz

Kommt mir nicht mit Rechtsstaat

Edition ost Berlin 2021,
ISBN 978-3-360-01895-3, 208 Seiten, 15 Euro

Der fast hundertjährige Friedrich Wolff, langjähriger Verteidiger in politischen Strafverfahren vor und nach 1990 und Egon Krenz, prominentes Opfer der politisch motivierten Strafverfolgung nach 1990 schildern in diesem Buch ihre unterschiedlichen Erfahrungen mit dem Rechtsstaat und führen dazu eine kontroverse und lebendige Diskussion.

So begründet Friedrich Wolff seine mit Walter Ulbricht übereinstimmende Auffassung, dass die DDR der wahre deutsche Rechtsstaat war. Egon Krenz erinnerte an seine konstruierte Anklage und kommt zu dem Ergebnis:

„Die bundesdeutsche Justiz hat so gehandelt, wie man es von ihr erwartete – sie hat ihren

Klassenauftrag erfüllt und alle unsere Vorurteile als begründet bestätigt.“
Besonders zum Lesen empfohlen sei auch das als Anlage im Buch enthaltene brillante Schlusswort Erich Honeckers am 3. Dezember 1992 im Berliner Kriminalgericht.

W.S.

*

Daniela Dahn / Rainer Mausfeld
**Tam Tam und Tabu. Die Einheit:
Drei Jahrzehnte Bewährung**

Westend-Verlag Frankfurt/Main 2020
ISBN 978-3-86489-313-1
Preis 18 Euro

Die für ihr tiefgründigen Recherchen bekannte Publizistin Daniela Dahn und der Kieler Psychologie-Professor Rainer Mausfeld führen in diesem Buch eine anregende Diskussion, in deren Mittelpunkt steht, wie es 1990

gelingen konnte, die Mehrheit der DDR-Bevölkerung so zu manipulieren, dass sie bereit war, der Kolonisierung der DDR zuzustimmen. Daniela Dahn dokumentiert anhand von Presseveröffentlichungen aus dieser Zeit, wie der Meinungsumschwung (die CDU steigerte ihre Zustimmungswerte von 11 % Anfang Februar auf das Wahlergebnis von über 48% im März 1990) durch ein Diktat aus Desinformation, Zermürbung und Erpressung bewerkstelligt wurde.

Beide decken auf, wie die moderne Machtausübung über Manipulationstechniken abgesichert wird und dazu ein einzigartiges Arsenal höchst raffinierter psychologischer Techniken zum Einsatz kommt. Damit hinterfragen sie – zum Nachdenken anregend - auch die tatsächliche Funktionsweise der bürgerlichen Demokratie und die Aussagekraft der sog. Freien Wahlen.

W.S.

*

18. November 2021:

Herbstveranstaltung der GBM und des Arbeitskreises Kultur- und Bildungsreisen

Sie sind traditionell immer große Höhepunkte im Wirken der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde, die Herbstveranstaltungen mit kompetenten Informationen zu interessanten politischen Themen, mit kulturellen Erlebnissen und der Vorstellung des Programms des Arbeitskreises Kultur- und Bildungsreisen für das kommende Jahr. Corona zwang uns leider mit unserer Veranstaltung ein Jahr auszusetzen, aber jetzt haben die Vorbereitungen für die nächste Veranstaltung begonnen.

Wir wollen u.a. an die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten erinnern, die vor 70 Jahren in Berlin stattfanden. Jeder kennt noch das Lied „Freundschaft siegt“. Es gibt einen Dokumentarfilm mit diesem Titel, den wir besorgen wollen und in Ausschnitten zeigen möchten. Unter uns sind viele Zeitzeugen dieser bewegenden Tage im August. Wir würden uns freuen, wenn Sie nicht nur an unserer Veranstaltung teilnehmen, sondern mit ihren Erinnerungen und Erlebnissen zum Gedankenaustausch beitragen.

Bitte sprechen Sie uns dazu bereits jetzt an, telefonisch unter der Nummer **0173-610 25 12** oder per E-Mail **gbm.dr.weiss@gmail.com**.

Wir wollen auf unserer Herbstveranstaltung auch wieder unsere Stimme für normale und gutnachbarliche Beziehungen zu Russland erheben. Mit

dem 80. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 gibt es in diesem Jahr ein historisches Datum. Wir sind dabei, einen kompetenten und interessanten Referenten zu gewinnen.

Die Veranstaltungsteilnehmer können auch wieder auf die Vorstellung des Programms unseres Arbeitskreises gespannt sein und sich auf ein schönes Kulturprogramm freuen. Hartmut König hat soeben zugesagt.

Die Veranstaltung findet im Münzenbergsaal des Bürogebäudes am Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin statt. Beginn ist um 10 Uhr, Ende ca. 15:30 Uhr. Der Eintrittspreis (inkl. Imbiss) wird voraussichtlich ca. 12 Euro betragen und ist vor Beginn zu entrichten. Weitere Informationen folgen in den nächsten Ausgaben der Zeitschrift „akzente“. Im September werden wir wie gewohnt Einladungen verschicken.

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.

Die nächsten Reisesprechstunden in der Geschäftsstelle der GBM im Bürogebäude am Franz-Mehring-Platz 1, Raum 316, 10243 Berlin finden an den Dienstagen, 3.8.2021 und 7.9.2021, jeweils von 10 bis 12 Uhr statt.

Dr. Carola Weiß

(Gestützt auf „akzente“ 07/2021)

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.
Vorsitzender: Horst Parton
Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19
v.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.
Postanschrift:
ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 28.07.2021

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 01.09.2021

Einstellung im Internet: 10.09.2021

Auslieferung: 15.09.2021

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316;

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16